



Hauptausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:37 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4341	
	Vorlage 18/1805	
	Schriftliche Anhörung des Hauptausschusses Stellungnahme 18/875 Stellungnahme 18/878 Stellungnahme 18/883 Stellungnahme 18/950	
	Ausschussprotokoll 18/376 (Auswertung der schriftlichen Anhörung) – abschließende Beratung und Abstimmung	

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP zu.

2 Gesetz zur Zustimmung zu der Vereinbarung über die kirchliche Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/6721 (Neudruck)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Staatsvertrag über die Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest 12

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 18/6412

Ausschussprotokoll 18/422 (Anhörung am 23.11.2023)

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP zu.

- 4 2. Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen** **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1958
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den 2. Demokratiebericht in seiner Sitzung am 22. Februar 2024 in einem Workshop-Format zu diskutieren.
- 5 Kahlschlag bei der Landeszentrale für politische Bildung? (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage])** **19**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2005
- Wortbeiträge
- 6 Verschiedenes** **29**
- a) **Entwurf des „Zweiten Staatsvertrages zur Änderung des IT-Staatsvertrages“ – Vorlage 18/1959** **29**
 - b) **Hinweisgeberschutzgesetz – Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5468** **29**
 - c) **Gesetz zu der Zusatzvereinbarung zum Vertrag mit den jüdischen Landesverbänden – Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/7169 (Neudruck)** **29**

6 Verschiedenes

a) Entwurf des „Zweiten Staatsvertrages zur Änderung des IT-Staatsvertrages“ – Vorlage 18/1959

Vorsitzender Klaus Vossemer macht auf Vorlage 18/1959 aufmerksam. Hierbei handle es sich noch nicht um den Antrag auf Zustimmung nach Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung. Die Landesregierung bitte mit dieser Vorlage um eine unverzügliche Information, falls sich Einwände ergeben sollten, die zu einer späteren Verweigerung der Zustimmung durch den Landtag führen könnten. Er bitte darum, ihm gegebenenfalls entsprechende Hinweise zu geben, die er dann weiterleiten würde, um zügig in das weitere Verfahren einsteigen zu können.

b) Hinweisgeberschutzgesetz – Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5468

Vorsitzender Klaus Vossemer teilt mit, dass der federführende Rechtsausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5468 in seiner gestrigen Sitzung bereits abschließend behandelt habe, sodass für den Hauptausschuss die Abgabe eines Votums entfalle.

c) Gesetz zu der Zusatzvereinbarung zum Vertrag mit den jüdischen Landesverbänden – Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/7169 (Neudruck)

StS Dr. Bernd Schulte (Staatskanzlei) bedankt sich auch im Namen von Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) für die Möglichkeit, den Gesetzentwurf in einem verkürzten Verfahren zu beraten, und dankt den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für ihren fraktionsübergreifenden Antrag, um rasch die notwendige Perspektive für die Finanzierung zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen schaffen zu können.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

Anlage

19.01.2024/22.01.2024

